



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum:
Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22770255
Fax: 030 22776155
E-Mail: heidrun.bluhm@bundestag.de
www.heidrun-bluhm.de
V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

Rente

Die Gesetzliche Rentenversicherung hat in ihrer mehr als einhundertjährigen Geschichte viele Umbrüche und Reformen erlebt. Mit der Umstellung auf das Umlageverfahren und durch die Einführung der dynamischen Rente ist es gelungen, ab 1957 die Rentner/innen dauerhaft an der Wohlstandsentwicklung zu beteiligen. Damit erweist sich die dynamische Rente bis heute als leistungsfähiges System, welches es den Menschen ermöglicht, im Alter ihren gewohnten Lebensstandard fortzusetzen. Gleichzeitig bietet die Rentenversicherung besten Schutz vor Altersarmut.

Durch die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Reformen der Rentenversicherung wurde die Lebensstandardsicherung als Ziel aufgegeben und durch das Ziel der Beitragssatzstabilität ersetzt. Dies hat zu einer kurzfristigen Rentenpolitik geführt, die für die aktuellen Finanzprobleme und immer neue Reformen in immer kürzeren Abständen zu Lasten der heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner verantwortlich ist.

Die Große Koalition setzt diese Kürzungspolitik weiter fort: Durch die Rente ab 67 und die Einführung der „modifizierten Schutzklausel“ (bekannt als Nachholfaktor) wird die Rente noch langsamer steigen und weiter gekürzt. Die „modifizierte Schutzklausel“ dient lediglich der weiteren Absenkung des Leistungsniveaus. Auch die Anhebung

der Altersgrenze ist eine weitere Leistungskürzung, eben durch eine kürzere Rentenbezugszeit oder höhere Abschläge. Bei der zu erwartenden und aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt führt die Anhebung der Altersgrenzen zu einer steigenden Arbeitslosigkeit und dadurch zu weiter sinkenden Renten.

Bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik wird in Zukunft die Altersarmut weiter stark ansteigen. Für die heute junge Generation ergibt sich das Problem, dass mit fortdauernder Massenerwerbslosigkeit, stagnierenden Löhnen und den beschlossenen Maßnahmen zur Senkung des Rentenniveaus die drei wesentlichen Faktoren für Altersarmut zusammentreffen. Verschärft wird dies noch einmal durch die Verkürzung der ALG I-Bezugsdauer sowie der Absenkung des Beitrags zur Rentenversicherung für ALG II-BezieherInnen. Dass die Bundesregierung die Rentenkürzungen mit dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ begründet, ist zynisch. Die Jüngeren sollen zukünftig also nicht nur länger arbeiten, sondern von ihrem Lohn auch noch beträchtliche Summen in die private Vorsorge stecken. Gibt es nicht genügend Arbeitsplätze, sind durch die Rente ab 67 Abschläge hinzunehmen, und an private Vorsorge ist dann sowieso nicht mehr zu denken. Trotz steigenden Risikos von Altersarmut werden für die Jüngeren also vor allem die Kosten deutlich steigen. ►

DIE LINKE. stellt sich gegen diesen zynischen, auf bedenkenlosen Abbau der sozialen Sicherung zielenden Reformeifer. Sie sieht entgegen der Bundesregierung in der Gesetzlichen Rentenversicherung ein bewährtes, zukunfts- und leistungsfähiges System, sofern die Lebensstandardsicherung wieder zum zentralen Ziel der Rentenpolitik erhoben wird. Hierzu müssen die Reformen der SPD-geführten Bundesregierung von 2001 und 2004 rückgängig gemacht sowie

der Gesetzesentwurf zur Rente ab 67 sofort gestoppt werden.

Als weitere Maßnahme schlägt **DIE LINKE.** vor, den Versicherungskreis der Gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen auszuweiten. Damit soll den Sicherheitsbedürfnissen der zunehmend unterbrochenen und wechselhaften Erwerbsbiographien Rechnung getragen werden. Ergänzend muss durch einen erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten und den

Verzicht auf Abschläge auf die zunehmenden Belastungen am Arbeitsplatz reagiert werden.

Zukünftig soll die Grundsicherung im Alter innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden. Das Ziel ist, dass nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen keine Rentnerin und kein Rentner im Monat unter 800 Euro fallen dürfen.

Energiepreise

Energie ist teuer geworden. Die Mehrbelastung durch gestiegene Kosten beim Heizen, aber auch bei Strom und Sprit macht mittlerweile den Gegenwert von bis zu zwei Monatsmieten pro Jahr aus. Seit Anfang 2004 stiegen die Strompreise um 25%. Sprit und Erdgas verteuerten sich um rund 35%. Heizöl kostet gegenüber 2004 mehr als das Doppelte.

2008 müssen die Privathaushalte 16 Milliarden € mehr für Strom, Heizung und Sprit ausgeben als noch vor vier Jahren, obwohl sie insgesamt sparsamer mit Energie umgingen. Doch es kommt noch dicker: Durch weiter steigende Energiepreise kommt bis 2010 noch einmal die gleiche Summe dazu – und das bei real sinkenden Löhnen.

Teures Öl und Gas allein rechtfertigt nicht die absurden Preiserhöhungen. Hauptgrund ist die kartellartig organisierte Energiewirtschaft. Die Konzerne treiben an der Strombörse gezielt den Marktpreis für elektrische Energie hoch. Die Bereitstellungs-

kosten für Strom ab Kraftwerk sind nur halb so hoch, wie der Handelspreis. Das macht rund 24 Milliarden € pro Jahr aus. So produzieren marode Braunkohleblöcke und gefährliche Atommeiler preiswerte Grundlast-Energie, die dann aber zu Höchstpreisen auf den Markt gebracht wird. Das bescherte RWE & Co. Sondergewinne in Milliardenhöhe.

Gleichzeitig ist Deutschland bei den fossilen Energien massiv abhängig von Importen aus wenigen Ländern. Die Bundesregierung tut wenig, um sich der fossilen Droge zu entziehen. Sie billigt den Bau neuer, klimaschädlicher Kohleblöcke, und mit einer zusätzlichen Gaspipeline durch die Ostsee erhöht sie sogar die Abhängigkeit von Russland. Damit sichert sie die Monopolmacht der Energieriesen – und sorgt für weiter steigende Energiepreise.

Zentrale Forderungen der Linksfraktion sind deshalb die Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht, die im letzten Jahr von der Bundesregierung

abgeschafft wurde, und die Einführung von Verbraucherbeiräten, die den Stromkundinnen und Stromkunden einen Einblick und ein Mitspracherecht bei der Preisgestaltung garantieren. Unser Vorschlag zur Einbeziehung der Heizkosten in das Wohngeld wurde jetzt von der Bundesregierung aufgegriffen. Daneben fordert **DIE LINKE.** auch die Einführung von Sozialtarifen, um Haushalten mit kleinem Geldbeutel sofort zu helfen.

Mittelfristig setzt **DIE LINKE.** auf den Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft und setzt auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien. Durch einen cleveren Umgang mit Strom, Wärme und Kraftstoffen kann der Energieverbrauch halbiert werden. Dadurch reicht das Potential von Wind, Wasser, Sonne, Bioenergie und Erdwärme weitgehend zur Deckung des Energiebedarfs.

